Medienmitteilung der EVP Aargau zur Parteiversammlung vom 05. Januar 2017:

Zwei „JA"- und drei „Nein"-Parolen

Die EVP Aargau fasste an ihrer Parteiversammlung die Ja-Parole zur Optimierung der Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden und Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden sowie die Nein Parolen zu den Initiativen "JA zu einer guten Bildung – NEIN zum Lehrplan 21", "Arbeit und Weiterbildung für alle!" und «Chancen für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut"

Optimierung der Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden und Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden

Grossrat Urs Plüss präsentiert die beiden Vorlagen und plädiert in beiden Fällen die Ja-Parole.
Aus Sicht der EVP bringt die Optimierung der Aufgabenteilung eine sinnvolle Verbesserung der Zuständigkeiten ganz im Sinne „Wer befiehlt, bezahlt auch". Der dabei notwendige Steuerabtausch regelt die Finanzierung wobei der öffentliche Druck aufrecht gehalten werden muss, damit die Gemeinden die Steuern auch im entsprechenden Rahmen senken. Die Neuordnung des Finanzausgleiches bringt die lang ersehnte Nachvollziehbarkeit. Die Regeln und Parameter welche zur Anwendung kommen sind nun endlich einigermassen verständlich und berechenbar und ermöglichen eine bessere Planbarkeit. Auch wenn das System einige kleiner Schwachpunkte hat, ist es eine grosse Verbesserung und führt zu mehr Gerechtigkeit beim Finanzausgleich. Deshalb empfiehlt die EVP einstimmig die **JA-Parole** zu den beiden Vorlagen.

Aargauische Volksinitiative "JA zu einer guten Bildung – NEIN zum Lehrplan 21" vom 2. Juni 2015

Grossrätin Therese Dietiker präsentiert die Vorlage und plädiert für die Nein-Parole.
Therese Dietiker ging davon aus, dass die Initiative die Bildung ausbremst: Ein Fächerkanon im Schulgesetz macht die Bildung im Aargau komplizierter und schwerfälliger. Die Schule Aargau hat viele Veränderungen hinter sich, die in einem neuen Lehrplan abgebildet werden müssen.

Die Parteiversammlung beschliesst mit 21 (zu 2) bei 2 Enthaltungen die **Nein-Parole** "JA zu einer guten Bildung – NEIN zum Lehrplan 21"

Aargauische Volksinitiative "Arbeit und Weiterbildung für alle!" vom 11. Juni 2012

Grossrat Christian Minder präsentiert die Vorlage und plädiert für die Nein-Parole.
Die aargauische Volksinitiative „Arbeit und Weiterbildung für alle" will ein Gesetz für eine Arbeitslosenhilfe um Menschen, welche Arbeitslos aber Leistungsfähig sind in den Arbeitsmarkt zu integrieren und von Arbeitslosigkeit bedrohte darin zu belassen.
Die EVP empfiehlt diese Volksinitiative nicht nur aufgrund der finanziellen Lage des Kantons zur Ablehnung. Die Arbeitslosenhilfe wäre ein drittes Modell neben ALV und Sozialhilfe. Nicht jede Person kann zu jeder Arbeit befähigt werden, aus einem Bau-Handlanger wird meistens kein Informatiker. Punktuelle Weiterbildungen sind zwar wichtig, solche sind aber bereits heute via RAV möglich. Zudem würde für Leute, welche das

System ausnutzen wollen der Anreiz sinken, sich aktiv um eine Stelle zu bemühen, wenn sie wissen, dass sie auch über zwei Jahre hinaus ein Taggeld erhalten.
Grossrat Christian Minder findet es wichtiger, dass Institutionen, welche Arbeitsplätze für die berufliche Wiedereingliederung anbieten, nicht (bspw. durch eine komplexe Bürokratie) daran gehindert werden.
„Was geschieht, wenn ein grosser Teil der Bevölkerung keine Arbeit mehr hat, weil diese automatisiert wird?" ist eine Frage, auf welche wir als Gesellschaft in Zukunft eine Antwort finden müssen, „Arbeit und Weiterbildung für alle" ist aber die falsche Antwort.
Die Parteiversammlung beschliesst deshalb einstimmig die **Nein-Parole** zur Aargauische Volksinitiative "Arbeit und Weiterbildung für alle!"

Aargauische Volksinitiative "Chancen für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut" vom 23. Dezember 2009
Grossrätin und Fraktionspräsidentin Lilian Studer präsentiert die Vorlage.

Trotz grosser Sympathie zur Initiative "Chancen für Kinder-Zusammen gegen Familienarmut" führt Lilian Studer aus, dass sie der erst gerade diskutieren sozialpolitischen Planung im Grossen Rat eine Chance geben möchte. Ob das Instrument der Kinderbeihilfe das richtige Instrument ist, dies kann ohne eine grössere vorgängige Diskussion nicht gesagt werden. Mit dem heutigen Verfassungstext könnten auch dann weiterführende gesetzliche Unterstützungsmöglichkeiten angefacht werden.
Die Parteiversammlung beschliesst mit 12 (zu 10) Stimmen (3 Enthaltungen) die **Nein-Parole** zur Aargauische Volksinitiative "Chancen für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut"

Parolen der eidgenössischen Vorlagen

Die EVP Aargau übernimmt die Parolen der EVP Schweiz, welche an der Delegiertenversammlung beschlossen wurde.
Diese lauten Ja zur Erleichterten Einbürgerung, Ja zum Nationalstrassenfonds (NAF) und Nein zur USR III.

Aarau, 05. Januar 2017

Für Auskünfte:

Dr. Roland Bialek, Parteipräsident: 062 824 57 11

Evangelische Volkspartei Aargau, 5000 Aarau, Tel. 077 450 15 99, sekretariat@evp-ag.ch, www.evp-ag.ch